

Nehmen Sie teil am Bürgerentscheid am 03.02.2013 über die Umbenennung der Von-Seeckt-Straße und Von-Einem-Straße



Beantworten Sie die Frage

„Sind Sie dafür, dass die Von-Seeckt-Straße und die Von-Einem-Straße ihre Namen weiterhin behalten sollen?“

mit



Die Rot-Rot-Grüne Mehrheit der Bezirksvertretung II hat am 24.05.2012 beschlossen, die Von-Seeckt-Straße in Irmgardstraße und die Von-Einem-Straße in Ortrudstraße umzubenennen, wie die Straßen bis 1937 zunächst geheißen haben.

Die für die Anwohner wichtige Entscheidung über den Namen ihrer Straße ist ohne Beteiligung der Bürger und gegen den ausdrücklichen Willen zahlreicher Anwohner erfolgt. Diese ohne Transparenz über den Kopf der Bürger hinweg getroffene Entscheidung, steht nicht für die Bürgernähe, der die Bezirksvertretung verpflichtet sein sollte.

Der Vorschlag des Bezirksvertreters der FDP im Essener Süden, Helmut Dinter, insoweit eine Einwohnerbefragung durchzuführen, ist von der Rot-Rot-Grünen-Mehrheit der Bezirksvertretung einfach bei Seite gewischt worden.

Ein gegen die Umbenennung durchgeführtes Bürgerbegehren betroffener Anwohner hat die Rot-Rot-Grüne-Mehrheit der Bezirksvertretung am 08.11.2012 trotz der Sammlung von 5.578 Unterschriften einfach zurück gewiesen!

Damit stimmen nun alle Bürger in Rüttenscheid, Stadtwald, Rellinghausen und Bergerhausen am 03.02.2013 in den Wahllokalen/per Briefwahl über das Bürgerbegehren ab. Die insoweit anfallenden Kosten hätten vermieden werden können, wenn der Wille der Mehrheit der Anwohner und der Bürger im Bezirk berücksichtigt worden wäre.

Der FDP-Ortsverband Essen Süd unterstützt die Bürgerinitiative PROVON und den Bürgerentscheid für eine Beibehaltung der Straßennamen!

Wir rufen alle Bürger im Bezirk dazu auf, am Sonntag, 03.02.2013 von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Stimmen Sie gegen eine Bevormundung der Bürger!

Stimmen Sie für die Beibehaltung der Straßennamen!

Hans von-Seeckt (1866-1936) und Karl von-Einem (1853-1934), preußische Generäle im Kaiserreich und 1. Weltkrieg, lehnten die junge Demokratie der Weimarer Republik zweifelsohne ab. Insoweit ist es aber unangebracht, den Anwohnern und Gegnern der Umbenennung eine Nähe zum Militarismus oder eine Ignorierung der Verbrechen des Nationalsozialismus zu unterstellen. Ihnen geht es nicht um eine positive Würdigung dieser beiden Persönlichkeiten, sondern um „ihre“ Straßen, in denen sie teilweise ein Leben lang wohnen. Nach 75 Jahren erscheint die Umbenennung dann aber **unverhältnismäßig**, zumal hieraus **für die Anwohner und kleine Gewerbetreibende nicht unerhebliche Belastungen** folgen.

Straßennamen historischer Persönlichkeiten bieten zudem die Möglichkeit einer Auseinandersetzung mit der Geschichte, während eine Tilgung aller Spuren der Vergangenheit eher zu einer Verdrängung führt. Hier geht es um eine Auseinandersetzung mit dem historischen Vorgang der Umbenennung der beiden Straßen von der damaligen Nazi-Verwaltung.



Ortsverband Essen-Süd